

# «Die positive Einstellung zur EU ist schwächer geworden»

Der CDU-Parlamentarier Ruprecht Polenz plädiert für eine Verstärkung der Euro-Stabilitäts-Kriterien und einen EU-Beitritt der Türkei

Herr Polenz, Sie haben in Zürich vor dem Europa-Institut über unsern Kontinent gesprochen. Wenn man heute über Europa debattiert, geht es da nicht vor allem um eine europäische Krise?

Deutschland ist eigentlich immer als das europafreundlichste Land betrachtet worden. Dieser Zustand ist tatsächlich ein wenig erodiert. Man sieht beispielsweise bei Gipfeltreffen, dass in Deutschland nicht mehr gefragt wird, was die Veranstaltung der EU gebracht habe, sondern dem eigenen Land. Auch fragt man immer mehr nur noch, wer Nettozahler und wer Nettoempfänger sei. Damit droht die EU zu einem reinen Nullsummenspiel zu werden, und das ist gefährlich. Die grundsätzlich positive Einstellung der EU gegenüber ist schwächer geworden.

Aber es ist auch so, dass die Politik seit einiger Zeit aktiv die deutschen Interessen in Brüssel betont.

Dagegen ist so lange nichts einzuwenden, als man die eigenen Interessen als in Europa eingebettet sieht. Ich glaube, auch die jetzige Regierung verfolgt die Maxime, bei der Vertretung der eigenen Interessen jene der Nachbarn und der Europäischen Union mit einzubeziehen. Dies muss verbal deutlich gemacht werden. Das ist noch immer das Erfolgsrezept für die Wahrnehmung deutscher Interessen in Europa.

Haben die Franzosen also recht, wenn sie den Deutschen Egoismus vorwerfen?

Nein, die deutsche Haltung in der Währungs- und Finanzkrise zielt ab auf die Stabilisierung der Gemeinschaftswährung und ist dadurch ausserordentlich solidarisch. So

war die deutsche Haltung auch konsequent, dass Griechenland zunächst alles tun musste, um seine Haushaltslöcher selbst zu stopfen, in die eine solidarische Transfer-Hilfe einfach versickert wäre. Ohne Deutschland wäre dies nicht so geschehen.

Aber gibt es in Deutschland nicht ein Gefühl, dass man durch das Finanzgebahren der südlichen Länder als Nettozahler jahrelang missbraucht worden ist?

Dieses Gefühl gibt es, und deshalb müssen jetzt auch Mechanismen gefunden werden, die es den einzelnen Staaten erschweren, jahrelang über ihre Verhältnisse zu leben. Dies macht es allerdings nötig, dass die Gemeinschaftskompetenzen zur Überwachung solcher Massnahmen gestärkt werden. Wir kommen also bei der Bewältigung der Währungskrise zu einem weiteren Vertiefungsschritt. Dadurch werden wir nachher besser dastehen als vorher.

Wie gefährlich ist ein solcher Schritt? Für die Währung mag das gut sein, aber wie steht es um die Akzeptanz einer solchen Forderung in der Bevölkerung, wenn diese das Gefühl hat, nicht mehr über die Steuern entscheiden zu können?

Ich rede ja nicht einer zentralen Haushaltskompetenz das Wort. Es geht darum, dass die Parameter des Stabilitätspakts möglicherweise ergänzt und damit wirkungsvoller gemacht werden. Aber es muss auch den Kapitalmärkten signalisiert werden, dass sie als Gläubiger gegenüber undisziplinierten Ländern haften, ehe mit Gemeinschaftsmitteln Hilfe geleistet wird.

Aber sehen Sie Chancen, dass Deutschland solche verschärfte Kriterien durchsetzen kann?

Deutschland und Frankreich, die stets unterschiedliche Vorstellungen hatten, müssen sich zusammenraufen. Interessanterweise ist die Bereitschaft in Osteuropa, die Kriterien einzuhalten, grösser, gerade bei Ländern, die den Euro noch nicht haben.

Kann denn Deutschland hierbei Vorbild sein? Die Verschuldungsproblematik ist hier doch genauso akut.

Ich denke schon. Wir waren vor der Wirtschaftskrise nahe dran, und die Vorkehrung der Schuldenbremse in der



Ruprecht Polenz  
Aussenpolitischer Experte  
der CDU

Verfassung unterstreicht, wie ernst wir das nehmen. Wir haben gesehen, dass man das schaffen kann. Jedenfalls will die gegenwärtige Koalition in Berlin dies erreichen.

Deutschland und Frankreich haben sich auch schon besser verstanden. In Paris hat man sich von Berlin in letzter Zeit nicht sehr gut behandelt gefühlt. Brauchte es eine deutsche Geste?

Nein. Die beiden Länder kommen viel besser miteinander aus, als es vielleicht

den Eindruck macht. Das Beziehungsnetz ist eng genug, und beide wissen, dass sie aufeinander angewiesen sind. Offensichtlich wird manchmal aus oberflächlichen Störungen mehr gemacht, als in der Wirklichkeit dahintersteckt.

Der Hunger der EU auf weitere Beitritte dürfte vorderhand eher gestillt sein. Sie haben sich sehr für eine Mitgliedschaft der Türkei eingesetzt. Tun Sie das noch immer? Die Türkei hat sich selbst doch von Europa eher wieder abgewandt.

Mein Plädoyer für einen türkischen Beitritt gilt auf längere Frist. Wenn die Türkei aber die Kopenhagener Beitrittskriterien erfüllt, wäre der Schritt ein grosser Gewinn. Was die angebliche Neuorientierung der Türkei nach Osten angeht, so glaube ich nicht, dass dies ein unumkehrbarer Prozess ist. Die Türkei agiert gemäss der Devise «Null Probleme mit den Nachbarn». Sie weiss, dass sie gerade wegen der EU-Beitritts-Perspektiven interessant ist.

Wir hätten von Ihnen gerne noch gewusst, wie Sie den Zustand der schwarz-gelben Koalition in Berlin beurteilen. Wie lange hält sie noch?

Sie wird die ganze Legislaturperiode halten. Es kostet Kraft, aus dieser Gemengelage von Fehlstart, objektiven Schwierigkeiten und Gewöhnung an die Regierungsarbeit herauszukommen und zu zeigen, dass man regiert, und zwar gar nicht schlecht. Es ist ja so, dass wir in jenen Wirtschaftsbereichen, die gewöhnlich als Massstab für die ganze Regierungspolitik genommen werden, sehr gut dastehen. Es gibt eine ganze Reihe von guten Nachrichten.

Aber man kommt nicht um die Tatsache herum, dass die Zusammenarbeit in der Koalition und deren Erscheinungsbild nicht allzu gut sind.

Wenn man ernst genommen werden will, kann man dem nicht widersprechen. Aber das wissen jetzt auch alle Beteiligten. Die Fraktionen haben erkannt, dass sie sich zusammenreissen müssen.

Was passiert, wenn Herr Gauck Bundespräsident wird?

Das wird nicht geschehen. Herr Wulff wird im ersten Wahlgang gewählt.

Interview: Jürg Dedial, Eric Gujer

## CDU-URGESTEIN AUS MÜNSTER

de. · Der 64-jährige Jurist Ruprecht Polenz gehört zum Urgestein der CDU. Er sitzt seit 1994 im Bundestag und übt das Direktmandat des Wahlkreises Münster in Westfalen aus. Dort war er auch lange Jahre in der Lokalpolitik tätig. Im Jahr 2000 war er kurzzeitig Generalsekretär der CDU unter der Parteivorsitzenden Merkel. Seit 2005 ist er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages. Zudem hat er Einsitz in zahllosen Vereinen und Organisationen. Während zehn Jahren war er Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Heute widmet er sich auch intensiv der Pflege christlich-muslimischer Beziehungen. Unter dem Titel «Besser für beide» hat er ein Buch über die Türkei geschrieben, in welchem er für einen EU-Beitritt dieses Landes plädiert. Polenz hat sich auf Einladung des Europa-Instituts in Zürich aufgehalten.